Aktuelle Post



aus dem Kreistag (23)

6. November 2014

Liebe Freundinnen und Freunde! Liebe Genossinnen und Genossen!

Diese "Aktuelle Post aus dem Kreistag" ist etwas kürzer ausgefallen. Weil man manchmal auch Urlaub braucht und der Landesparteitag der Linken Hessen einige Anstrengungen erforderte, haben wir ausnahmsweise keinen Antrag zur Kreistagssitzung am 5. November eingebracht. Doch keine Bange: für die nächste Sitzung ist schon einiges in Vorbereitung.

Darüber berichtet die heutige aktuelle Post:

- Akteneinsichtsausschuss zur Schülerbeförderung und neue Entwicklungen
- Überplanmäßige Ausgaben des Kreises bei Hartz4 und der Kinder-, Jugendund Familienhilfe"
- 3. Papierloser digitaler Kreistag

Schülerbeförderung im Wetteraukreis

Zur Erinnerung: Am 29. Juli 2014 hatte DIE LINKE. einen <u>Akteneinsichtsausschuss</u> beantragt. Wir reagierten damit darauf, dass sich die Kreispolitiker und die VGO gegenseitig den Schwarzen Peter zuschoben, wer nun an der Verschlechterung beim Schülertransport schuld sei. Uns war klar, dass die VGO weder die Sicherheitsprüfung der Schulwege allein ausgeheckt hatte noch die Entscheidung, für 850 Eltern den Schultransport ihrer Kinder nicht mehr zu zahlen.

Unser Antrag hatte Bewegung in die Zirkusvorstellung gebracht: die Akteure der anderen Parteien befürchteten einen weiteren Ansehensverlust.

Am 8. September 2014 stellte dann auch die CDU einen Antrag für einen Akteneinsichtsausschuss. Danach sogar die SPD.

Inzwischen hat der Akteneinsichtsausschuss zweimal getagt. Noch werden die Akten studiert. Kaum verwunderlich erscheint, dass beschlossen wurde, die Öffentlichkeit auszuschließen.

Für DIE LINKE. nimmt Rudi Kreich am Akteneinsichtsausschuss teil. Die Zusammensetzung entspricht dem "Haupt-, Finanz-, Personal- und Gleichstellungsausschuss".

In der Presse wurde ausführlich berichtet, dass ein Akteneinsichtsausschuss eingerichtet wurde. Doch nirgends war DIE LINKE. als Antragstellerin genannt. Dort hieß es, die CDU habe ihn beantragt. Stimmt ja auch irgendwie...

Es ist so, dass ein solcher Ausschuss eingerichtet werden muss, wenn eine Fraktion ihn beantragt. Wenn fraktionslose Abgeordnete einen solchen Ausschuss wollen, benötigen sie die Zustimmung von 25% im Kreistag. Daran wird ersichtlich, wie wichtig es ist, eine Fraktion zu sein. Gut, dass die Idee der Grünen nicht durchkam, die Geschäftsordnung des Kreistags zu ändern und die Fraktionsstärke zu erhöhen.

Der Themendiebstahl ist derzeit bei der CDU offensichtlich modern: Zum Beispiel kopierte die CDU Petterweil unsere Aktion und vermaß den Schulweg von Petterweil nach Rodheim. Die Presse berichtete ausführlich darüber. Über unsere Aktion drei Wochen zuvor war nichts zu lesen. So ist das...

Doch in einem Flugblatt hatte DIE LINKE. in Petterweil bereits darüber berichtet, dass der Weg weiter als 3 Kilometer ist und daher eigentlich zu bezahlen wäre. Wir stellten eine Anfrage an den Wetteraukreis.

Der Landrat antwortete auf unser Anfrage am 17. Oktober 2014: "Der kürzeste Schulweg vom nächstgelegenen Eingang der Erich-Kästner-Schule über einen unbeleuchteten Feldweg nach Petterweil bis hin zur 3-km-Grenze wurde am 20.03.2014 geprüft. (...) Eine besondere Gefahr für die Sicherheit und Gesundheit im Sinne des Gesetzes konnte nach der Beurteilung nicht festgestellt werden. (...) Aufgrund der fehlenden Beleuchtung des Weges bekommen Petterweiler Schülerinnen und Schüler weiterhin bis einschließlich 6. Klasse die Jahreskarte vom Schulträger gestellt, obgleich eine fehlende Beleuchtung weder im Gesetzestext noch in der Rechtsprechung als notwendiges Kriterium für eine besondere Gefährdung genannt wird. Dies bedeutet, dass Schülerinnen und Schüler einschließlich der 6. Klasse weiterhin eine kostenfreie Jahreskarte bekommen. Für Schülerinnen und Schüler ab der 7. Klasse hingegen wird die kostenfreie Jahreskarte abgelehnt." Mal abgesehen davon, dass Erich Kästner persönlich verfügt hat, dass sein Name nicht mit Bindestrichen getrennt werden darf, ist noch etwas auffällig: Darauf, dass der Weg weiter als 3 Kilometer ist, wird gar nicht eingegangen.

Nach der heftigen öffentlichen Debatte im ganzen Kreisgebiet hat die VGO inzwischen einige Bescheide zurückgenommen. Auch wurde die "Bearbeitungsgebühr" von 150 Euro, die die VGO für einen Widerspruch erhoben hatte, zurückgefahren auf 50 Euro.

Wir werden nun sehen, was bei der Akteneinsicht herauskommen wird.

Wollen wir wetten, dass der Schuldezernent und der gesamte Kreisausschuss frühzeitig und umfassend informiert waren?

Nur mal so zur Information: im Kreisausschuss sitzen SPD. Grüne. EDP. CDU und der gesamte Kreisausschuss sitzen SPD. Grüne.

Nur mal so zur Information: im Kreisausschuss sitzen SPD, Grüne, FDP, CDU und die Freien Wähler.

Überplanmäßige Ausgaben bei Hartz4 und der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Im Haushalt 2014/2015 ging die Koalition davon aus, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften beim Jobcenter Wetterau nicht steigen würde. In unserer Haushaltsrede hatten wir das bezweifelt und den Haushaltsansatz als unrealistisch bezeichnet. Darauf wollte deshalb niemand hören, weil es dann schwieriger gewesen wäre, einen ausgeglichenen Haushalt zu schreiben.

Nun ist es gekommen, wie es zu erwarten war: die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist um rund 300 gestiegen – auf 7824. Damit sind natürlich auch die Ausgaben für Unterkunft und Heizung höher als 2013. Außerdem sind ja auch die Preise gestiegen. Der Kreistag hat den Mehrkosten von 1 600 000 Euro zugestimmt.

In der Debatte wurde deutlich, dass diese Entwicklung über die Kreistagsabgeordneten kam, wie eine Naturgewalt. Wie kann das nur passieren?

Mit der Politik der Niedriglöhne und mit der Agenda 2010 hat das für sie nichts zu tun. Armut in der Gesellschaft? Gibt's die? Im Sozialausschuss wurde sogar die Frage gestellt, was eine Bedarfsgemeinschaft überhaupt ist.

Noch schriller war die Diskussion zu den Mehrausgaben im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. Im Sozialausschuss kamen Fragen auf, wie diese Kosten zu reduzieren seien. Müssen Kinder wirklich in Obhut genommen werden? Könnte man Kinder in Heimen nicht ab dem 18. Lebensjahr beim Jobcenter anmelden, um Kosten zu sparen? Ist es denn wirklich nötig, dass Teilhabeassistenzen für Kinder mit Behinderung bezahlt werden? Muss man wirklich hilflos zusehen, wie die Zahl der Kinder mit Behinderung im Regelunterricht weiter zunimmt? usw...

Geballte Kompetenz in sozialen Fragen wurde hier demonstriert! Wie sind diese Menschen in den Sozialausschuss gekommen? Gab es keinen anderen Ausschuss für sie? ...so einen für Bildzeitungsleser?

In der Kreistagssitzung versuchte sich besonders die CDU als Kritikerin an den Kosten für die "Modellregion Inklusion".

Wir haben sie daran erinnert, dass es die Hessische Landesregierung war, die diese Modellregionen mit Landkreisen vereinbart hat. Und zwar deshalb, um Inklusion als Sparprogramm umzusetzen. Die Behindertenrechtskonvention wurde von der Bundesrepublik ratifiziert und muss nun realisiert werden. Die Landesregierung wollte aber kein flächendeckendes Konzept und keine Qualitätsstandards für ganz Hessen. Sie wollte sparen.

An den Kosten für die Modellregion gibt es nicht zu kritisieren. Die waren absehbar. Auch, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler steigen würde, die den Regelunterricht besuchen wollen. Das ist doch Ziel der Inklusion, oder? Eher ist zu kritisieren, dass sich der Schul- und Sozialdezernent mit Feuereifer auf ein solches Sparkonzept "Modellregion" stürzt und alle seine Mängel so vehement abstreitet, als sei die "Modellregion" für mindestens die nächsten hundert Jahre die beste aller möglichen Lösungen.

Papierloser digitaler Kreistag

Die CDU beantragte, dass die Unterlagen des Kreistags digital zur Verfügung gestellt werden sollen. Der Kreisausschuss soll prüfen, auf welche Art dies geschehen kann, mit welchen Programmen und wie teuer dies wäre.

Der Pirat Flindt erweiterte den Antrag: er wollte eine Arbeitsgruppe dazu und dass die Programme so ausgesucht werden, dass die Nutzer – also die Abgeordneten – damit auch wirklich arbeiten können.

Wir haben diesem Antrag zugestimmt. Wir hatten eine digitale Versendung der Unterlagen schon zu Beginn der Wahlperiode zweimal im Ältestenrat angeregt. Doch passiert ist bisher nichts. Mal sehen was nun dabei herauskommt.

Zuletzt noch eine Bitte: Sendet die "aktuelle Post" an Interessierte Menschen weiter. Wenn jemand die "aktuelle Post" lesen möchte, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden.

Viele Grüße von Rudi und Gabi